

Rechtsinformationsdienst

der Kanzlei

Schäfer & Partner mbB Rechtsanwälte

Haagstraße 8 - 10, 61169 Friedberg/Hessen
Telefon: 06031/12032 u. 73253 – Telefax: 06031/62187

E-Mail: info@raschaefer-partner.de
www.RaSchaefer-Partner.de

Ausgabe: private Mandanten

- alle Angaben ohne Gewähr -

April 2019

Verkehrsrecht

Nachweis eines abgesprochenen Unfallereignisses durch Indizien

Der Nachweis der Herbeiführung eines Verkehrsunfalls mit der Einwilligung des Anspruchstellers (Unfallmanipulation) ist in der Regel schwer zu führen. Für das Oberlandesgericht Hamm reicht eine Häufung der für eine Manipulation sprechenden Beweisanzeichen aus.

Eine solche Häufung von Indizien nimmt das Gericht an, wenn - wie im entschiedenen Fall - ein älteres, aber durchaus noch hochwertiges Luxusfahrzeug durch einen älteren Kleinwagen ohne wirtschaftlichen Eigenschaden mit einer geringen Geschwindigkeit von maximal 10 km/h ohne jegliches Ausweichverhalten an der Seite beschädigt wird, der von dem in wirtschaftlich schwachen Verhältnissen lebenden Unfallgeschädigten geschilderte Unfallhergang nicht plausibel ist, Vorschäden des Unfallwagens verschwiegen werden und eine gewinnbringende fiktive Schadensabrechnung gewählt wurde.

Beschluss des OLG Hamm vom 21.12.2018
26 U 172/18 - jurisPR-VerKR 3/2019 Anm. 1

Gebrauchtwagenkauf: Unklarheit über Verkäufer

Anders als bei einem Verkauf "durch privat" ist ein völliger Gewährleistungsausschluss durch gewerbliche Verkäufer rechtlich nicht zulässig. Auch wenn ein Gebrauchtwagenhändler im Namen einer Privatperson ein Auto verkauft, kann er die Gewährleistungsansprüche dann nicht wirksam ausschließen, wenn für den Käufer nicht ersichtlich ist, wer der Vertragspartner ist.

Hat der Händler - wie hier - seinen Firmennamen an prominenter Stelle auf dem Internetinserat genutzt und auch bei den Vertragsverhandlungen den Eindruck erweckt, selbst Verkäufer des Fahrzeugs zu sein, reicht ein Hinweis auf dem Kundenauftrag im Kleingedruckten nicht aus, aufgrund dessen der Käufer von einem Verkauf "durch privat" ausgehen konnte.

Urteil des OLG Oldenburg vom 08.11.2018
1 U 28/18 - Pressemitteilung des OLG Oldenburg

Ordnungswidrigkeit durch Behinderung eines Einsatzfahrzeugs

Sobald ein Verkehrsteilnehmer ein Einsatzhorn oder das Blaulicht eines Einsatzfahrzeugs wahrnimmt, hat er seine Fahrweise hierauf einzurichten, wobei er bei unklarer Lage im Zweifel anhalten muss. Ignoriert ein Autofahrer die Warnsignale und behindert er dadurch das Einfahren eines Feuerwehrfahrzeugs auf die Autobahn, kann gegen ihn eine Geldbuße i.H.v. 320 Euro und ein Fahrverbot von einem Monat verhängt werden. Bei der Bemessung der Strafe ging das Amtsgericht Helmstedt von einem lediglich fahrlässigen Verstoß aus, da der Betroffene darauf vertraut hatte, dass er das herannahende Einsatzfahrzeug nicht behindern würde. Bei einer vorsätzlichen Behinderung wäre die Strafe noch erheblich höher ausgefallen.

Urteil des AG Helmstedt vom 21.06.2018
15 OWi 903 Js 26543/18
jurisPR-VerKR 5/2019 Anm. 5

Widerruf eines finanzierten Neuwagenkaufs

Kann eine Bank nicht beweisen, dass sie ihrem Kunden im Rahmen der Finanzierung eines Neuwagenkaufs die Darlehensbedingungen übergeben hat, ist der Bankkunde berechtigt, den Abschluss des Darlehensvertrags zu widerrufen.

Da bei Autofinanzierungen häufig ein sogenanntes verbundenes Geschäft vorliegt, ist die Folge eines erfolgreichen Widerrufs, dass sowohl der Kreditvertrag als auch der Kaufvertrag rückabgewickelt werden müssen. Der Verbraucher kann demnach das Auto an die Bank zurückgeben und erhält seine schon geleisteten Raten zurück. Nach Auffassung des Landgerichts Stuttgart kann die Bank allerdings eine Nutzungsentschädigung nach der Formel "Bruttokaufpreis mal gefahrene Kilometer durch voraussichtliche Restlaufleistung" für die gefahrenen Kilometer einbehalten.

Urteil des LG Stuttgart vom 22.11.2018
25 O 119/18
Pressemitteilung des LG Stuttgart

Miet- und Immobilienrecht

Tatsächliche Wohnungsgröße für Betriebskostenabrechnung maßgeblich

Nach einem Urteil des Bundesgerichtshofs ist für die Verteilung der Betriebskosten nach Wohnfläche auch bei einer preisgebundenen Wohnung die tatsächliche Wohnfläche und nicht die im Mietvertrag angegebene Wohnfläche maßgeblich.

Urteil des BGH vom 16.01.2019
VIII ZR 173/17
WuM 2019, 144

Unzulässige Videoüberwachung des Treppenhauses eines Mehrfamilienhauses

Das Landgericht Essen sieht in der Videoüberwachung eines Treppenhauses eines Mehrfamilienhauses durch einen Wohnungseigentümer eine Verletzung der anderen Eigentümer und Mieter sowie deren Besucher in ihren allgemeinen Persönlichkeitsrechten, sofern sie in die Videoüberwachung nicht eingewilligt haben. Die Betroffenen können die Beseitigung der Videokamera und Löschung der gemachten Aufzeichnungen verlangen.

Der im Prozess unterlegene Wohnungseigentümer hat außerdem die Kosten des Verfahrens zu tragen. Hierzu zählen jedoch nicht die Kosten für eine Anzeige beim Landesdatenschutzbeauftragten, da die Anzeige zur Durchsetzung der zivilrechtlichen Ansprüche nicht notwendig war.

Urteil des LG Essen vom 30.01.2019
12 O 62/18
JurPC Web-Dok. 19/2019

Eigenbedarfskündigung: Stiefkind kein naher Angehöriger

Ein Vermieter ist berechtigt, ein bestehendes Mietverhältnis wegen Eigenbedarfs zu kündigen, wenn er den Wohnraum für sich oder einen nahen Angehörigen benötigt.

Eine Eigenbedarfskündigung kann nach einem Urteil des Amtsgerichts Siegburg nicht auf einen Bedarf des Stiefkinds des Vermieters gestützt werden, wenn das Kind nicht im Haushalt des Vermieters lebt und der Vermieter mit dem Kind weder verwandt noch verwandt ist.

Urteil des AG Siegburg vom 17.10.2018
105 C 97/18 - WuM 2019, 33

Verpflichtung von Anwohnern, Mülltonnen selbst zum Sammelplatz zu bringen

Ein Anwohner, der in so schmalen Straßen wohnt, dass die Fahrzeuge des Müllentsorgungsunternehmens diese nicht anfahren können, kann auch dann verpflichtet werden, die Mülltonnen zu einem Sammelplatz zu bringen, wenn dieser circa 100 Meter von dem Wohnhaus entfernt liegt. Der Rechtmäßigkeit der behördlichen Anordnung steht für das Verwaltungsgericht Gießen auch nicht entgegen, dass die Mitarbeiter des Entsorgungsunternehmens die Tonnen jahrelang selbst aus der Straße geholt und zu dem Müllfahrzeug gebracht haben.

Beschluss des VG Gießen vom 29.01.2019
8 L 5537/18.GI i.e.
Pressemitteilung des VG Gießen

Arbeits- und Beamtenrecht

Benachteiligung eines schwerbehinderten Stellenbewerbers

Ein öffentlicher Arbeitgeber, der nach einer Stellenausschreibung Auswahlgespräche durchführt, ist nach § 165 Satz 3 SGB IX (Sozialgesetzbuch) verpflichtet, schwerbehinderte Bewerber auch dann zu einem Bewerbungsgespräch einzuladen, wenn die Stelle nur intern ausgeschrieben wurde. Unterlässt er dies, kann dem nicht berücksichtigten schwerbehinderten Bewerber ein Entschädigungsanspruch zustehen.

Urteil des LAG Berlin-Brandenburg vom 01.11.2018
21 Sa 1643/17
JURIS online

Voreiliger Antrag auf Versetzung in den Ruhestand

Beamtinnen und Beamte sollten gründlich alle Konsequenzen bedenken, bevor sie aus eigenem Entschluss eine Versetzung in den vorzeitigen Ruhestand beantragen. Denn sie müssen damit rechnen, dass der Dienstherr einem solchen Antrag relativ rasch entspricht. Dann nämlich besteht für den Beamten, der es sich zwischenzeitlich anders überlegt hat, keine Möglichkeit mehr, den Antrag ohne Zustimmung des Dienstherrn zurückzunehmen.

Wurde dem Antrag des Beamten entsprochen, kann dieser nicht geltend machen, in seinen Rechten verletzt zu sein und zwar unabhängig davon, ob die objektiven Voraussetzungen für die Zuruhesetzung vorliegen und ob diese neben dem öffentlichen Interesse auch dem Interesse des Beamten dienen. In der Regel besteht für den Dienstherrn in solchen Fällen auch keine Hinweispflicht hinsichtlich nachteiliger Konsequenzen des Ruhestandsanspruchs.

Beschluss des OVG Münster vom 14.01.2019
1 A 603/17 - jurisPR-ArbR 7/2019 Anm. 6

Fristlose Entlassung eines rechtsextremen Soldaten

Ein Soldat, der öffentlich den Hitlergruß gezeigt, den Nationalsozialismus verherrlichende Parolen geäußert und eine Bomberjacke mit dem Symbol der Reichskriegsflagge getragen hat, kann nach einem Urteil des Verwaltungsgerichts Koblenz fristlos entlassen werden.

Urteil des VG Koblenz vom 19.12.2018
2 K 135/18.KO
WzS 2019, 61

Familien- und Erbrecht

Beitragsermäßigung für Kindertagesbetreuung auch bei "Patchworkfamilien"

Eine Beitragsermäßigung für Eltern, deren Kinder gleichzeitig eine Kindertagespflege oder eine Kindertageseinrichtung (Kinderkrippe, Kindergarten, Hort) besuchen, kann nach einem Urteil des Oberverwaltungsgerichts Bautzen auch für in sogenannten Patchworkfamilien lebende Kinder, bei denen die Eltern nicht zugleich auch Eltern der Geschwisterkinder sind, in Anspruch genommen werden.

Urteile des Sächsischen OVG vom 12.02.2019
4 A 880/16 und 4 A 881/16 - Pressemitteilung

Pflichtteils Klausel: Einwände gegen Testament

Ein Ehepaar hatte sich in einem sogenannten Berliner Testament gegenseitig als Alleinerben und seine Kinder als Schlusserben des Letztversterbenden eingesetzt. Zudem enthielt das Testament eine Pflichtteils Klausel, wonach der Abkömmling, der beim Tod des erstversterbenden Elternteils seinen Pflichtteil verlangt, von der Erbfolge beim Ableben des länger lebenden Elternteils ausgeschlossen sein soll.

Eine solche Pflichtteils Klausel, die auf ein "Verlangen" des Pflichtteils nach dem Tod des erstversterbenden Ehegatten abstellt, greift nach Auffassung des Oberlandesgerichts München nicht bereits dann ein, wenn das pflichtteilsberechtigte Kind die Erbenstellung des überlebenden Ehegatten im Erbscheinverfahren angreift, indem es die Wirksamkeit des Testaments anzweifelt. Der Schlusserbe muss das Recht haben, auf Auffälligkeiten in der Testamentsurkunde sowie hinsichtlich des Testierwillens und der Testierfähigkeit des Erblassers hinzuweisen und dies ohne Nachteil auf seine Schlusserbenstellung gerichtlich überprüfen zu lassen.

Beschluss des OLG München vom 06.12.2018
31 Wx 374/17 - ZEV 2019, 33

Eltern können Einlegung eines Rechtsmittels gegen ablehnenden BAföG-Bescheid verlangen

Ein unterhaltsberechtigter Studierender ist grundsätzlich verpflichtet, einen Antrag auf BAföG-Leistungen zu stellen und auch darlehensweise BAföG-Leistungen in Anspruch zu nehmen. Dadurch sollen die Eltern von ihren Unterhaltsverpflichtungen entlastet werden.

In diesem Zusammenhang hat nun das Oberlandesgericht Brandenburg entschieden, dass ein volljähriges Kind grundsätzlich nur dann unterhaltsrechtlich verpflichtet ist, gegen einen ablehnenden BAföG-Bescheid Rechtsmittel einzulegen, wenn der Unterhaltspflichtige dies ausdrücklich von ihm verlangt.

Beschluss des OLG Brandenburg vom 03.05.2018
10 UF 101/17
NZFam 2018, 660

Bestattungskosten: Hilfeempfänger muss geerbte Eigentumswohnung nicht verwerten

Gemäß § 74 SGB XII (Sozialgesetzbuch) ist der Träger der Sozialhilfe verpflichtet, die erforderlichen Kosten einer Bestattung zu übernehmen, soweit den hierzu verpflichteten Angehörigen die Kosten nicht zugemutet werden können. Dem Bestattungspflichtigen ist es grundsätzlich zumutbar, auch vorhandenen Nachlass, z.B. Bankguthaben, zur Deckung der Bestattungskosten einzusetzen.

Nach Auffassung des Landessozialgerichts München besteht jedoch keine Verpflichtung, eine zum Nachlass gehörende Immobilie (hier Miteigentumsanteil an einer Eigentumswohnung) zu veräußern oder zu belasten, um die Bestattungskosten aufzubringen.

Urteil des LSG München vom 25.10.2018
L 8 SO 294/16
ZEV 2019, 160

Steuerrecht

Kapitalanlage: Auch wertlos gewordene Aktien zählen als Verlust

Ein Privatanleger kann einen Verlust aus einem Aktiengeschäft auch dann steuermindernd geltend machen, wenn er die nach dem Gesetz vorgeschriebene Steuerbescheinigung nicht vorlegen kann. In dem vom Finanzgericht Rheinland-Pfalz entschiedenen Fall war die Aktiengesellschaft in den USA in Insolvenz geraten, worauf die Depotbank die Aktien als wertlos ausbuchte.

Hat der Anleger - wie in diesem Fall - die Aktien nicht verkauft, ist er folglich auch nicht in der Lage, eine Steuerbescheinigung vorzulegen. Er ist daher nicht anders zu behandeln, als wenn er die wertlosen Aktien abgestoßen hätte.

Urteil des FG Rheinland-Pfalz vom 12.12.2018
2 K 1952/16 - BB 2019, 611

Studienkosten trotz Stipendium als Werbungskosten abziehbar

Erhält ein Student für seine Zweitausbildung monatlich 750 Euro als Aufstiegsstipendium aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), darf das Finanzamt diese Zahlungen nicht von den in der Einkommensteuererklärung geltend gemachten "vorweggenommenen" Werbungskosten abziehen.

Das Stipendium diene hier vor allem der Begleichung der Kosten der allgemeinen Lebensführung. Nur soweit mit einem Stipendium Bildungsaufwendungen ausgeglichen werden, kann dies die geltend gemachten Werbungskosten mindern.

Urteil des FG Köln vom 15.11.2018
1 K 1246/16
JURIS online

Versicherungsrecht

Rechtsschutzversicherung für Klage auf Erteilung einer Löschungsbewilligung

Ein Versicherungsnehmer kann Deckungsschutz aus einer von ihm abgeschlossenen Rechtsschutzversicherung für eine beabsichtigte Klage auf Erteilung einer Löschungsbewilligung für eine Grundsschuld nach Widerruf eines Darlehensvertrags verlangen.

Das Oberlandesgericht Hamm ließ den Einwand der Versicherung, als Pflichtverstoß sei die Verwendung der fehlerhaften Widerrufserklärung durch die Bank anzusehen und die Versicherung sei erst danach abgeschlossen worden, nicht gelten. Nach Auffassung des Gerichts liegt in derartigen Fällen das dem Kreditinstitut vorgeworfene pflichtwidrige Verhalten nicht in der Verwendung einer womöglich fehlerhaften Widerrufsbelehrung, sondern in der Zurückweisung des von dem Versicherungsnehmer erklärten Widerrufs und der damit einhergehenden Weigerung, die Verträge rückabzuwickeln.

Urteil des OLG Hamm vom 31.10.2018
20 U 35/18
Versicherung und Recht kompakt 2019, 39

Fußgänger haftet bei Überqueren der Straße trotz eines erkennbar herannahenden Fahrzeugs

Überquert ein Fußgänger am Abend bei starkem Regen an einer Querungshilfe die Fahrbahn, obwohl ein heranahndes Fahrzeug für ihn erkennbar ist, trifft ihn grundsätzlich das alleinige Verschulden, wenn er von dem Fahrzeug erfasst und verletzt wird.

Eine Mithaftung des Autofahrers kommt jedoch dann in Betracht, wenn dieser beim Auftauchen eines Fußgängers am Fahrbahnrand nicht seine Geschwindigkeit reduziert hat. Dies konnte in dem vom Oberlandesgericht Düsseldorf entschiedenen Fall dem Autofahrer, der zum Unfallzeitpunkt 60 km/h bei erlaubten 100 km/h fuhr, nicht nachgewiesen werden. Eine weitere Reduzierung der Geschwindigkeit war von ihm nicht zu verlangen. Auf Seiten des Autofahrers war danach lediglich die verschuldensunabhängige Betriebsgefahr des Pkws in Höhe von 20 Prozent zu berücksichtigen.

Urteil des OLG Düsseldorf vom 10.04.2018
I-1 U 196/14
VersR 2018, 1210

Reiserecht

Fluggäste dürfen Ansprüche gegen Fluggesellschaften abtreten

Fluggästen darf durch die Allgemeinen Geschäftsbedingungen einer Fluggesellschaft nicht untersagt werden, ihre mutmaßlichen Ansprüche aus dem Beförderungsvertrag an ein auf die Durchsetzung derartiger Ansprüche spezialisiertes Unternehmen abzutreten. Ein solches Abtretungsverbot stellt eine unangemessene Benachteiligung der Kunden dar. Das Landgericht Nürnberg-Fürth stufte das berechnete Interesse der Airline an dem Abtretungsverbot als gering ein. Insbesondere war nicht nachvollziehbar, warum - wie von der Fluggesellschaft behauptet - eine Geltendmachung der Ansprüche durch einen gewerblichen Dritten einen höheren Verwaltungsaufwand verursachen soll.

Beschluss des LG Nürnberg-Fürth vom 30.07.2018
5 S 8340/17
VuR 2019, 28

Flugzeitenänderung: Veröffentlichung auf Homepage nicht ausreichend

Fluglinien sind nach der Fluggastrechteverordnung verpflichtet, ihre Kunden mindestens zwei Wochen vor der planmäßigen Abflugzeit über Änderungen zu unterrichten. Nach Auffassung des Amtsgerichts Nürnberg genügt es nicht, dass die Informationen über die Flugzeitenänderung bereits auf der Homepage der Fluglinie aufgeführt sind. Unterrichten bzw. Informieren im Sinn der Fluggastrechteverordnung bedeutet vielmehr ein bewusstes und zweckgerichtetes Übermitteln von Informationen an einen konkreten Adressaten. Verstößt die Airline gegen ihre Informationspflicht und versäumt ein Kunde dadurch seinen Flug, ist sie zur Leistung der gesetzlichen Ausgleichszahlung verpflichtet.

Urteil des AG Nürnberg vom 23.01.2019
19 C 7200/18
Justiz Bayern online

Medizinrecht

Beteiligung an Behandlungskosten für gerissenes Brustimplantat rechens

Eine Patientin muss sich an den Kosten einer Behandlung beteiligen, wenn die Krankheitsursache in willkürlichen Veränderungen des eigenen Körpers liegt. Dies hat das Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen im Fall einer 46-jährigen Frau entschieden, die eine Schönheitschirurgische Brustvergrößerung als Privatbehandlung hatte durchführen lassen. Sechs Jahre nach dem Eingriff kam es zu Rissen an einem Silikonimplantat und einer Brustentzündung. Die Krankenkasse, die die Kosten von 6.400 Euro für die Entnahme der alten Implantate zunächst trug, forderte von der Frau eine Beteiligung von 1.300 Euro, da das Gesetz eine Kostenbeteiligung von Versicherten bei Folgeerkrankungen nach ästhe-

tischen Operationen zwingend vorsieht. Die Frau hielt die Verfahrensweise in solchen Fällen für verfassungswidrig. Das Gericht erklärte die Regelung der Eigenbeteiligung demgegenüber für verfassungsrechtlich zulässig, um die Solidargemeinschaft vor unsolidarischem Verhalten Einzelner zu schützen. Ob die Inanspruchnahme der Schönheitschirurgie mittlerweile als normal gilt, spielte dabei keine Rolle. Entscheidend ist allein, dass derartige Schönheitsoperationen medizinisch nicht erforderlich sind.

Urteil des LSG Niedersachsen-Bremen vom 28.01.2019
L 16 KR 324/18
JURIS online